Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3344

09. 11. 79

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 14. November 1979

am Freitag, dem 16. November 1979

Seite

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

1. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in einem Panzerbataillon des Feldheeres vier Unteroffiziere m. P. aus gesundheitlichen Gründen auf Dauer die Aufgaben ihrer Dienstposten nicht wahrnehmen können, dennoch aus der Kampftruppe nicht herausgelöst werden, und hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, so wie es von Seiten der Personalführung dem Bataillonskommandeur empfohlen worden sei, in solchen Fällen verdiente Soldaten ganz aus dem Dienstverhältnis zu entlassen, nur um in der Truppe die Stellen nachbesetzen zu können, statt sie einer ihrem Gesundheitszustand angemessenen Verwendung zuzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

2. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Artikel 9 des Grundlagenvertrages den Deutschlandvertrag unberührt sowie rechtlich und politisch voll wirksam läßt und daß die DDR dies ausdrücklich im Grundlagenvertrag hingenommen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

3. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Warum wird den Studenten der katholischen Theologie nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz nur eine der Mindeststudienzeit von zehn Semestern angepaßte Förderungshöchstdauer zugebilligt, so daß in jedem Fall das Examenssemester bereits ungefördert bleibt, während die Förderungsdauer bei allen anderen Fachrichtungen die Mindeststudiendauer überschreitet und dabei mindestens ein Semester zur freien Studiengestaltung einräumt, und ist die Bundesregierung bereit, diese Ungleichbehandlung zu beenden?

4. Abegordneter **Dr. Steger** (SPD)

Inwieweit hat das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft das Gutachten der Kommission für wirtschaftslichen und sozialen Wandel ausgewertet, und welche politischen Konsequenzen sind daraus gezogen worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

5. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Durchführung des im 21. Rentenanpassungsgesetz beschlossenen Krankenversicherungsbeitrags für Rentner vorzulegen, und — wenn ja — mit welchem Inhalt?

6. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Geht die Bundesregierung bei der Beurteilung, ob in ausreichendem Umfang Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, von der offiziellen Lehrstellenbilanz der Bundesanstalt für Arbeit aus?

7. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Meldungen (z. B. der Frankfurter Rundschau vom 2. November 1979) über eine vertrauliche Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, wonach lediglich gut die Hälfte der Lehrstellenbewerber, die sich bei den Arbeitsämtern meldeten, in eine Ausbildungsstelle vermittelt wurden und mehr als 13 000 Jugendliche – überwiegend Mädchen –, die sich in eine Lehrstelle vermitteln lassen wollten, statt dessen in eine Arbeitsstelle vermittelt wurden, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls aus diesem Sachverhalt zu ziehen?

8. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesanstalt für Arbeit im „Jahr des Kindes" das Nichteinhalten der Bestimmungen des Artikels 6 des Grundgesetzes und des § 28 des Jugendwohlfahrtsgesetzes in Kauf nimmt, weil von den für die Pflege Verantwortlichen bei einer Arbeitsvermittlung keinerlei Nachweis über die nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz geforderten Vorkehrungen für die Betreuung der Minderjährigen verlangt wird, oder hält die Bundesregierung die Vorlage einer Pflegeerlaubnis nicht für erforderlich?

9. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Trägt das von der Bundesanstalt für Arbeit praktizierte Verfahren bei der Prüfung der Verfügbarkeit für die Arbeitsvermittlung der Vorschrift des § 28 des Jugendwohlfahrtsgesetzes Rechnung, nach der eine Pflegeerlaubnis zwingend ist, und durch welche Regelung ist bundeseinheitlich sichergestellt, daß Behauptungen, die Betreuung von Kindern sei sichergestellt und vom Jugendamt erlaubt, auch den Tatsachen entsprechen?

10. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für richtig, den schwerbehinderten Arbeitgeber auf die Zahl der bereitzustellenden Pflichtplätze nicht anzurechnen, und wenn nein, ist sie zu einer Mitarbeit an einer beschleunigten Änderung des Gesetzes in diesem Punkt bereit?

11. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Zu welchen Ergebnissen hat das im Rahmen des Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit vergebene Forschungsvorhaben „Untersuchung zu den Auswirkungen von Wahltarifen in der GKV" geführt?

12. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Sind im Zusammenhang mit diesem Forschungsvorhaben Modellversuche vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

13. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Erhöhung des Kindergelds für das erste Kind für notwendig?

14. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Wird die Bundesregierung eine Kennzeichnungspflicht für Sprays mit Fluorchlorkohlenwasserstoff (Frigen) einführen, um die Verbraucher auf die Gefahren einer Vergiftung durch Phosgen hinzuweisen, die bei Bränden entstehen können, und wann wird sie die Produktion von Frigen wie in den USA und Schweden verbieten?

15. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Kann die Bundesregierung auf Grund einer Überprüfung der Unterlagen über die entsprechenden Untersuchungsergebnisse, deren Vorlage von einem Münchner Laborarzt beim Bundesgesundheitsamt bereits Anfang Mai dieses Jahrs angekündigt worden war, bestätigen, daß der Verzehr von mehrfach ungesättigten Fettsäuren in bestimmten Nahrungsfetten und -ölen, wie in der Presse verschiedentlich berichtet worden ist, Anämie hervorruft?

16. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Kann die Bundesregierung gegebenenfalls auch auf Grund sonstigen Materials, das dem Bundesgesundheitsamt vorliegt, diese Veröffentlichungen bestätigen oder wenigstens eine Prüfung dieser Frage vornehmen lassen, damit die im verbraucherpolitischen Interesse gebotene Sachklärung endlich herbeigeführt werden kann?

17. Abgeordnete **Frau Dr. Czempiel** (SPD)

Ist der Bundesregierung die außerordentliche Gefährlichkeit der stark quecksilberhaltigen Amalgamfüllungen bekannt, welche den Zahnärzten auch heute noch als „Standardfüllungsmaterial" dienen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Füllsubstanz mit Giftwirkung, auf die in Fachkreisen der beängstigende Anstieg der Häufigkeit parodontaler Abbauerscheinungen (über 90 v.H.) zurückgeführt wird (siehe u. a. Prof. Dr. T. Till, Leiter d. Mundfloraforschungsstation am path. Anat. Institut, Wien), bei der zahnärztlichen Behandlung auszuschalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

18. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung ihre Ablehnung, die Beschränkung der Gültigkeit der Schülerzeitkarten der Deutschen Bundesbahn an Wochenenden aufzuheben, für familienfreundlich?

19. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Besitzt die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie hoch das Aufkommen aus Fahrkartenverkäufen derzeit ist, die entfallen würden, wenn die Beschränkung der Gültigkeit der Schülerzeitkarten der Deutschen Bundesbahn an Wochenenden aufgehoben würde?

20. Abgeordneter **Landré** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung das Anerkennungsverbot für weitere Überwachungsorganisationen, das in der Anlage VIII zum § 29 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung erteilt ist, noch für zeitgemäß, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auch freie Kraftfahrzeugsachverständige im Rahmen des § 29 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung zuzulassen?

21. Abgeordneter **Landré** (CDU/CSU)

Wie ist der gegenwärtige Stand der Sachdiskussion diesbezüglich im Arbeitskreis Kraftfahrtwesen beim Bundesverkehrsminister?

22. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)

Liegen dem Bundesverkehrsministerium Erhebungen über die auffallenden Verspätungen im Intercity-Verkehr vor?

23. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)

Worin sieht das Bundesverkehrsministerium die Ursache für die sich häufenden Verspätungen, und wie kann dem abgeholfen werden?

24. Abgeordneter **Löher** (CDU/CSU)

Stimmen Pressemeldungen, wonach die A 44 (Düsseldorf-Bochum-Dortmund) aus dem jetzt gültigen Bundesverkehrswegeplan ersatzlos gestrichen und somit ihr Ausbau auf Dortmunder Gebiet nicht mehr vorgesehen ist?

25. Abgeordneter **Löher** (CDU/CSU)

Bedurfte es erst einer mündlichen Anfrage, um auf mein diesbezügliches persönliches Schreiben vom 11. Oktober 1979 an den Bundesverkehrsminister eine Antwort zu bekommen?

26. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Eilzüge im Nahverkehr in das Gesetz über die unentgeltliche Beförderung Behinderter im Nahverkehr mitaufzunehmen, damit das Angebot für die Behinderten im Nahverkehr vollständig ist?

27. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Was versteht die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Anfrage in Drucksache 8/3310 A, Nr. 94, in Hinblick auf die geplante Bundesautobahn A 98 zwischen Singen und Wangen unter einer „seefernen Trasse", und welche Kriterien sind für den Begriff der Seeferne maßgeblich?

28. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung verhindern, daß bei einer viele Jahre langen Verzögerung der Ausbau der A 98 zwischen Stockach und Wangen, der bei einer Ablehnung der Einstufung in die erste Dringlichkeit unvermeidlich ist, der in seinem Umfang ständig steigende Durchgangsverkehr noch auf Jahre hinaus auf der seeufernahen Bundestraße 31 mit allen dadurch für den Bodensee gegebenen Umweltgefahren abgewickelt werden muß?

29. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die seit der Gründung der Wetterdienste vor fast hundert Jahren wenig veränderte Form der Wetterberichte im Rundfunk, im Fernsehen und in den Ansagediensten der Post durch organisatorische Veränderungen dergestalt zu verbessern, indem Form und Inhalt der Wetterberichte auf die regionalen und auf die bundesweiten Massenbedürfnisse zum Beispiel der Auto-

fahrer, der Landwirte, der Bauwirtschaft und der Urlaubsreisenden zugeschnitten werden, um so eine bedarfsorientierte Wetterberichterstattung zu erreichen?

30. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

In welcher Weise kann der Bundesverkehrsminister sicherstellen, daß die Stadt Ansbach als oberzentrales Verwaltungszentrum und Sitz der Regierung von Mittelfranken weiterhin auf der Bundesautobahn A 6 Heilbronn – Nürnberg auf den entsprechenden Schildern berücksichtigt wird, und ist insbesondere sichergestellt, daß die Stadt Ansbach als künftiges Fernziel bei der Ausschilderung im Nürnberger Bereich in der Form „Ansbach/Heilbronn" aufgeführt wird?

31. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Ist es zutreffend, daß bei der Deutschen Bundespost ein Beförderungsstau dadurch entstanden ist, daß sich die Wartezeit bis zur Übertragung eines höherwertigen Amts für eine Gruppe von Beamten wesentlich verlängert und damit deren herkömmliche Berufserwartungen nicht oder nur unzureichend erfüllt werden mit der Folge, daß bei der Deutschen Bundespost 3 620 Oberinspektoren beschäftigt werden, die 40 Jahre und älter sind, und daß ein so hoher Anteil lebensälterer Oberinspektoren in keiner anderen Verwaltung erreicht wird?

32. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Lösung dieser nicht gerechtfertigten Benachteiligung darin, daß für einen Zeitraum von sechs bis acht Jahren eine vorübergehende Überschreitung der Stellenobergrenzen um ca. zwei bis drei Prozentpunkte vorgenommen wird?

33. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls in Verhandlungen mit der DDR, die Möglichkeit zu schaffen, analog zu den sogenannten Mondscheintarifen zu gewissen Zeiten auch verbilligte Gespräche von der Bundesrepublik Deutschland in die DDR führen zu können?

34. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Warum will die Deutsche Bundespost die Telegrafenstelle Regensburg im ohnehin strukturschwachen ostbayerischen Raum auflösen und damit die Arbeitsplatzsituation im oberpfälzer Raum noch weiter erschweren statt sie zu stärken?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

35. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Gibt es unmittelbar oder mittelbar von der Bundesregierung zu verantwortende Gründe, warum außer beim Einwohnermeldeamt, beim Sozialamt und in sonstigen begründeten Fällen bei Angaben zur Person der Familienstand des Alleinstehenden in „ledig", „verwitwet" oder „geschieden" unterteilt angegeben werden muß, z. B. bei Zeugenaussagen vor Gericht, auf der Lohnsteuerkarte (neben der amtlich eingetragenen Steuerklasse) usw.?

36. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Spricht etwas dagegen, es dem Betroffenen im Verantwortungsbereich des Bundes freizustellen, ob er sich als „alleinstehend" bezeichnet oder den Familienstand genauer angibt?

37. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Welches war der Inhalt des Gesprächs, das Bundesinnenminister Baum während seines Besuches in Moskau mit dem sowjetischen Sportminister Pawlow geführt hat und aus dem dieser am 10. Oktober 1979 in seiner Rede vor der IV. Europäischen Sportkonferenz in Berchtesgaden zitierte, daß Bundesminister Baum ihn gefragt habe, „ob das Gespräch zwischen dem Europäischen Sportrat, dem bekanntlich eine Reihe westlicher Länder angehören, und den Sportorganisationen der Sozialistischen Gemeinschaft von Nutzen sein wird", und was hat Bundesminister Baum mit dieser Fragestellung gemeint?

38. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nicht mehr der Auffassung, daß es nicht ihre Aufgabe sein kann, einer Verstaatlichung der internationalen Sportbeziehungen durch bilaterale staatliche Verhandlungen und Vereinbarungen mit Auswirkungen auf die Arbeit der autonomen Sportorganisationen Vorschub zu leisten?

39. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu dem vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. angekündigten bundesweiten Stromzahlungsboykott ein?

40. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Was hat die Bundesregierung zum Vorwurf des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westalen gegen das Bundesinnenministerium zu sagen, wonach 31 Vorhaben im Revier, die der Verbesserung der Umweltbedingungen dienen, im Bundesinnenministerium „nur schleppend abgewickelt" und den begünstigten Betrieben „immer neue Formalitäten abverlangt" würden?

41. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, einen vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen entworfenen Musterantrag oder einen anderen Musterantrag zu akzeptieren, um die Bewilligungsverfahren zu beschleunigen?

42. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß in unmittelbarer Grenznähe bei Saargemünd (Sarreguemines, Departement Moselle, Frankreich) eine Fabrikationsanlage für Akkumulatoren erstellt wird, deren Immissionen zu einer gefährlichen Bleiverseuchung der angrenzenden Teile des Saarlandes und des Landes Rheinland-Pfalz führen können?

43. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, unverzüglich in Verhandlungen auf Regierungsebene einzutreten, um schwere Gefahren für die betroffenen Regionen abzuwenden und um eine Harmonisierung der entsprechenden Umweltschutzbestimmungen zu erreichen?

44. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, falls es zutrifft, daß Angehörige der US-Streitkräfte eine Eritreaerin ohne Beteiligung der deutschen Einwanderungsbehörden in die Bundesrepublik Deutschland gebracht und hier jahrelang als Hausangestellte bei geringer Bezahlung und ohne Zahlung von Sozialversicherungs-

beiträgen beschäftigt haben (Stuttgarter Nachrichten vom 2. November 1979, um Fälle solcher „Sklavenarbeit" zu unterbinden, und sind gegebenenfalls der Bundesregierung noch weitere solche Fälle bekannt?

45. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wann ist die Bundesregierung bereit, meinen Brief vom 26. April 1979 an den Bundesinnenminister zu beantworten, in dem ich um Prüfung gebeten hatte, ob die disziplinarrechtliche Gehaltskürzung des Amtmannes Karl Dirnhofer nach seinem Freispruch durch das Landgericht Bonn am 10. April 1979 aufrechterhalten werden muß?

46. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die Tatsache bekannt, daß schwerbehinderte Beamte bei Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze nur die Beamtendienstjahre, nicht aber die eventuell vorher geleisteten Angestellten- oder Arbeiterjahre, für die Versorgung angerechnet bekommen, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, dies zu ändern?

47. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Ist die Bundesregierung in Kenntnis der im US-Kernkraftwerk bei Harrisburg zutage getretenen Fehler und Unzulänglichkeiten bei technischen Einrichtungen, Verfahrensregelungen sowie Ausbildung und Überwachung des Personals und der aus diesen Mängeln begründeten Forderungen nach einem drastischen Kurswechsel in der US-Kernenergiepolitik seitens der Untersuchungskommission, der Atomenergiekommission und führender Parlamentarier bereit, auch für bestehende und im Bau befindliche Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland verschärfte Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, bzw. welche Konsequenzen werden zur Zeit aus den US-Untersuchungen gezogen?

48. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, die Ergebnisse und Empfehlungen im kürzlich vorgelegten Bericht der US-Sonderkommission zur Untersuchung des Reaktorunfalls bei Harrisburg der deutschen Öffentlichkeit zugänglich zu machen und eine Diskussion der Konsequenzen in der Bundesrepublik Deutschland zu fördern?

49. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Erkenntnis, daß bei dem Betreiben einer kerntechnischen Anlage die menschliche Unzulänglichkeit zwar verbesserungsfähig, dem Grunde nach aber ein unabänderbares Reaktorrisiko ist?

50. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Hat das Austreten eines Insektizides auf Phosphorbasis am Abend des 7. November 1979 vom Gelände der Bayer-Werke in Dormagen, das in der Presse als „stinkendes Gas" und „Gaswolke" bezeichnet wurde, in irgendeiner Weise außer zu erheblichen Geruchsbelästigungen auch zu Gesundheitsschäden geführt oder führen können, wie dies offensichtlich zunächst befürchtet worden war?

51. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Führt die Bundesregierung das Auftreten der Gaswolke auf unvermeidbare Ereignisse oder auch darauf zurück, daß Umweltschutzbestimmungen unzureichend sind bzw. angewendet wurden, und welche Konsequenzen wird sie gegebenenfalls daraus im Rahmen eigener Zuständigkeit oder durch Empfehlungen an Dritte ziehen?

52. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich und wird sie gegebenenfalls einleiten, damit eine weitere Verwendung von bestimmten Kacheln und Fliesen, die eine erhebliche Strahlung verursachen – wie in der Sendung „Tagesthemen" am 8. November 1979 dargestellt – unterbleibt?

53. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung mit ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den jungen Beamten des Bundesgrenzschutzes für vereinbar, wenn sie die Männer zuerst für drei, dann für vier Monate und jetzt angeblich gar für zwei Jahre nach Bonn abordnen will, ohne daß sie die Beamten vorher über ihre Absicht informiert und für die zweijährige Abordnung auch nicht die Zustimmung des Personalrats gefunden hat?

54. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, mit den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräften eine Vereinbarung zu treffen, die diese verpflichtet, die Stärke der nicht in Kasernen untergebrachten Angehörigen der Streitkräfte und des zivilen Gefolges jeweils zu einem bestimmten Stichtag – beispielsweise zum 1. Juli – an die deutschen Kommunalverwaltungen zu melden?

55. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Warum wurde mit Erlaß vom 5. September 1979 die Fachhochschule München des Bundesgrenzschutzes zum 1. Oktober 1979 aufgelöst, ohne daß geklärt ist, wofür die bis 1983 ständig zunehmende Zahl der ausscheidenden Beamten des Bundesgrenzschutzes die Berufsförderungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen, und wo die bislang an der Fachschule München beschäftigten Lehrer unterzubringen sind?

56. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Befürwortet die Bundesregierung im Hinblick auf die bisher vorbildliche Behandlung der beiderseitigen Minderheiten das Anliegen der deutschen Volksgruppe in Dänemark, ihr durch Änderung des Wahlgesetzes eine Vertretung im Folketing zu ermöglichen?

57. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem dänischen Partner die gleiche Aufhebung der für die Erringung eines Mandates vorgesehenen Sperrklauseln vorzuschlagen, die es der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein ermöglicht, mit einer eigenen Wählerliste an den Landtagswahlen teilzunehmen und im Parlament dieses Landes vertreten zu sein?

58. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche konkreten Entwicklungen haben den Bundesinnenminister dazu bewogen, öffentlich davon zu sprechen, daß in der Bundesrepublik Deutschland „keine Privatarmeen entstehen dürften"?

59. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Sicherung des persönlichen Eigentums in erster Linie die Sache des Eigentümers selbst ist und Eigenverantwortlichkeit im Vorfeld konkreter Gefahr für dieses Eigentum staatlicherseits erwünscht ist?
60. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)	Ist es zutreffend, daß – laut einem Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 7. November 1979 – der Bundesinnenminister, im Gegensatz zu einem am 10. Oktober 1979 im Verteidigungsausschuß einstimmig verabschiedeten Beschluß einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, demzufolge künftig nur 25 v. H. aller Hauptfeldwebel und Hauptbootsmänner nach der Besoldungsgruppe A 9 bezahlt werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

61. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, ein Abkommen – etwa wie in Schweden – zum Verzicht auf Verkauf von Kriegsspielzeug und entsprechende Werbung zustandezubringen, und was gedenkt sie gegebenenfalls zur Förderung dazu beizutragen?
62. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)	Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche Auswirkungen das BGH-Urteil in der Praxis hat, wonach die Verbreitung von NS-Emblemen auf Kriegsspielzeug nach § 88a StGB strafbar ist, und wird dieses Urteil die Verbreitung von modellgetreuen Nachbildungen, z. B. von Kampfflugzeugen und Panzern, verhindern helfen?
63. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)	Welche weiteren Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um den Appellen des Bundesjustizministers auf Verzicht, Kriegsspielzeug zu produzieren, zu importieren, anzubieten und zu verkaufen, Nachdruck zu verleihen, und wie beurteilt sie die vielfältigen Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppen, Kinder vor Kriegsspielzeug zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

64. Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Welche Kosten sind der Bundesrepublik Deutschland durch die Prägung der Fünf-DM-Gedenkmünze „Otto Hahn" bisher entstanden?
65. Abgeordneter **Löffler** (SPD)	Trifft es zu, daß wegen des gestiegenen Silberpreises eine Gedenkmünze zum Nominalwert von 5 DM nicht ausgeliefert wird?
66. Abgeordneter **Löffler** (SPD)	Wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Münze dennoch in Umlauf setzen zu können?
67. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)	Unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag von Bundesminister Offergeld – unter Berücksichtigung der allgemeinen Forderung nach Steuerentlastung und Steuervereinfachung – eine „internationale Entwicklungssteuer zugunsten der Dritten Welt" in Erwägung zu ziehen, und wenn ja, mit welcher Begründung?

68. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung im klaren, daß durch die Einführung einer Entwicklungsteuer eine weitere Bürokratie zu dem ohnehin schon überbürokratisierten Entwicklungshilfebereich notwendig würde?

69. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Läßt die Bundesregierung für die Zollverwaltung und insbesondere für die Zollfahndung ein Datenerfassungssystem unter der Bezeichnung „Inpol" aufbauen, mit dem vor allem Zollordnungswidrigkeiten erfaßt und gespeichert werden sollen, und zwar rückwirkend ab 1973?

70. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Sollte die vorstehende Frage bejaht werden, warum ist eine Datenerfassung für einen sechs Jahre zurückliegenden Zeitraum erforderlich, und wie läßt sich dies mit den allgemeinen Löschungsvorschriften für strafbare Handlungen und Ordnungswidrigkeiten vereinbaren?

71. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die steuerfreien Beträge nach § 3 der Verordnung über die steuerliche Behandlung von Prämien für Verbesserungsvorschläge vom 18. Februar 1957 (BGBl. I S. 33) längst hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben ist, und wann beabsichtigt die Bundesregierung, die notwendige Anpassung vorzunehmen?

72. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß die Bundesregierung bei ihren Antworten auf die Fragen nach einem Kredit an Polen in den Fragestunden des Deutschen Bundestages vom 13. Juni und vom 27. September 1979 davon ausgegangen ist, daß eine Bürgschaft kein Kredit ist?

73. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Wenn ja, wie verträgt sich diese Ansicht mit den §§ 13, 19 des Kreditwesengesetzes in der geltenden Fassung?

74. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie groß ist die Zahl der Frauen, die in den Aufsichtsräten von Unternehmen mit direkter oder indirekter Beteiligung des Bundes tätig sind, und in welchem Verhältnis steht diese Zahl zu vergleichbaren sonstigen Wirtschaftsunternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

75. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Wird die Bundesregierung den Vorschlag des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützen, für Kraftwerksblöcke ab 300 Megawatt Rauchgasentschwefelungsanlagen vorzuschreiben, und wann ist mit dem Inkraftsetzen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung zu rechnen?

76. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Interessen der Verbraucher durch die derzeitige Praxis ausreichend geschützt, daß es gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, Motoröle auf der Verpackung mit einer Qualitätsbezeichnung zu versehen, und wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des ADAC, hier zum Schutze der Verbraucher eine gesetzliche Regelung zu schaffen?

77. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Hält die Bundesregierung die angekündigten Preiserhöhungen bei Erdgas bis zu 25 v. H. durch die Gasversorgungsunternehmen für gerechtfertigt, und wenn nicht, was gedenkt sie dagegen zu tun?

78. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundeswirtschaftsminister die Auffassung vertritt, der Kündigungschutz für Ältere verursache die höhere Arbeitslosigkeit der 20 bis 25jährigen, und auf welche Erkenntnisquellen stützt er diese Behauptung?

79. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

In welchem Umfang machen sich ältere Arbeitnehmer und 20 bis 25jährige Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt gegenseitig – und mit welchen Folgen – Konkurrenz?

80. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung getan, um die Schutzvorschriften für Frauen so zu gestalten, daß sich ihre Beschäftigungschancen nicht verschlechtern?

81. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Welchen Wortlaut hatte der Prüfungsauftrag, durch den die Treuarbeit vor der Erteilung der schriftlichen Bürgerschaftszusage des Bundes am 14. Juli 1979 für die Beton- und Monierbau AG (BuM) „um eine Stellungnahme gebeten wurde“ (vgl. Stenographischer Bericht über die Sitzung am 17. Oktober 1979, S. 14114 C)?

82. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Wer hat diesen Auftrag wem gegenüber erteilt und in welcher Form?

83. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Wann (Tag und Tageszeit, möglichst Uhrzeit) erfolgte der Prüfungsauftrag an die Treuarbeit vor der Erteilung der schriftlichen Bürgschaftszusage des Bundes für die Beton- und Monierbau AG, und wann (Tag und Tageszeit, möglichst Uhrzeit) wurde der Bericht abgegeben?

84. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Wie lautet der Bericht der Treuarbeit im Wortlaut (bei nur mündlicher Berichterstattung: welchen Wortlaut hat der Vermerk über den Bericht der Treuarbeit?), und wem gegenüber wurde er abgegeben?

85. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

In welche Unterlagen hat die Treuarbeit vor Abgabe ihrer Stellungnahme vor der Erteilung der schriftlichen Bürgerschaftszusage des Bundes für die Beton- und Monierbau AG eingesehen, und welche Arbeitszeit stand ihr dafür zur Verfügung?

86. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Sind angesichts der Tatsache, daß am 13. Juli 1978 der Zusammenbruch der Firma nach Erklärung des Bundesfinanzministeriums „unmittelbar drohte“ und die Treuarbeit zu dem Bürgschaftsantrag nicht bestätigen könne, „daß mit dem zu verbürgenden Betriebsmittelkredit und der Kapitalerhöhung das Unternehmen nachhaltig saniert sei“, bei den verantwortlichen Stellen der Bundesregierung keine Zweifel aufgetaucht, ob die Bürgschaftsübernahme nach der Vorläufigen VV-BHO zu § 39 Nr. 5 BHO vertretbar sei, und weshalb wurde angesichts dieser Tatsache nicht der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages oder zumindest dessen Obleute unverzüglich über die Bürgschaftserteilung zugunsten der Beton- und Monierbau AG unterrichtet?

87. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Wie ist die Bemerkung des Vertreters der Bundesregierung in der Fragestunde am 17. Oktober 1979 (Stenographischer Bericht, S. 14113 A) zu verstehen, der zuständige Ausschuß des Landtages Nordrhein-Westfalen habe die Beteiligung des Landes an der Bürgschaftsaktion zugunsten der BuM von Juli/August 1978 am 8. September 1979 mit einer „dort dann vorhandenen anderen Informationslage" abgelehnt, insbesondere welche zusätzlichen Informationen lagen dem Ausschuß des Landtages in diesem Zeitpunkt vor, die der Bundesregierung vor Gewährung der Bürgschaft noch nicht bekannt waren?

88. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Welche Prüfung durch die Treuarbeit oder sonstige vom Bund beautragte Stellen über die Liquiditäts-Ertrags- und/oder Vermögenslage der Beton- und Monierbau AG erfolgten in der Zeit zwischen der schriftlichen Bürgschaftszusage am 14. Juli 1978 und der Bürgschaftsübernahme des Bundes zugunsten der Beton- und Monierbau AG am 3. August 1978, und wie war das Ergebnia?

89. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Welche Gesichtspunkte waren dafür maßgeblich, daß gemäß Erklärungen des Bundesfinanzministers die Bürgschaft zugunsten der BuM, die am 13. Juli 1978 mündlich im Grundsatz und am 14. Juli 1978 schriftlich zugesagt wurde, am 3. August 1979 rechtswirksam gewährt wurde, obwohl die Voraussetzungen, unter denen die Bürgschaftszusagen am 13./14. Juli 1978 erfolgte (Rückbürgschaft des Landes gegenüber dem Bund von bis zu 50 v. H.), zwischenzeitlich durch die Erklärungen des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen am 27. Juli 1979, das Land könne lediglich eine Rückbürgschaft von 20 v. H. vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages übernehmen, entfallen war, oder war die Bürgschaft am 13. oder 14. Juli 1978 bereits verbindlich und vorbehaltlos zugesagt worden, so daß eine Ablehnung jetzt nicht mehr möglich war?

90. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Stimmt der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 11. Oktober 1979 wiedergegebene Inhalt des Protokolls der Aufsichtsratssitzung der BuM vom 12. Juli 1978 hinsichtlich der Äußerungen der Herren Grothgar, Postma, Mommsen und Eckholdt zur Zahlungsunfähigkeit der Beton- und Monierbau AG, und wann wurden diese Feststellungen des Aufsichtsrates wörtlich oder inhaltlich einem Mitglied der Bundesregierung oder einem Angehörigen der zuständigen Ministerien erstmals bekannt?

91. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß laut Angabe des Vorstandmitgliedes Grothgar von der Westdeutschen Landesbank (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. November 1979) bereits im Februar Schwierigkeiten der BuM in Nigeria bekannt waren, auf Grund deren damals die endgültige Verabschiedung der Landesbürgschaft vorübergehend gestoppt wurde, und wie ist es gegebenenfalls zu erklären, daß angesichts dieser Sachlage der am 13. Juli 1978 mündlich gestellte Bürgschaftsantrag für die Bundesregierung plötzlich und unerwartet kam?

92. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Auslandsbaustellen der BuM, auch in Nigeria, durch einen „amerikanischen Sachverständigen" im Auftrag der Kreditinstitute mit dem Ergebnis überprüft wurden, daß die Ertragslage hier eindeutig positiv sei (Hinweis auf Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. November 1979), und um welchen Sachverständigen hat es sich dabei gehandelt?

93. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß zugunsten der BuM öffentliche Liquiditätsbürgschaften von 120 Millionen DM (70 Millionen DM Land, 50 Millionen DM Bund) in einem Zeitpunkt gegeben wurden, in dem das Grundkapital der Gesellschaft nur rund 25 Millionen DM betrug, also nur 1/5 des Bürgschaftsvolumens?

94. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Muß die Bundesregierung, sofern in gleichgelagerten Fällen wie bei der Bürgschaftsgewährung zugunsten der BuM verfahren wird, nicht fast jedem Unternehmen eine Bundesbürgschaft zur Überwindung von Liquiditätsschwierigkeiten ohne detaillierte Prüfung durch die Treuarbeit oder ein anderes Wirtschaftsprüfungsunternehmen gewähren, wenn nur glaubhaft genug dargetan werden kann, daß wegen dieser Liquiditätsschwierigkeiten bei einem Zuwarten bis zu einer gründlichen Prüfung Zahlungseinstellung, Vergleich oder Konkurs zu erwarten ist, oder mit welcher Begründung will die Bundesregierung in entsprechend gelagerten Fällen, in denen eine gründliche Überprüfung durch die Treuarbeit wegen außerordentlichen Zeitdrucks aus Gründen sonst zwangsläufiger Zahlungseinstellung nicht möglich ist, unter Berücksichtigung des Gleichheitsgebotes des Grundgesetzes Bürgschaftsanträge ablehnen?

95. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, künftig Bundesbürgschaften zur Behebung von Liquiditätsschwierigkeiten, die ohne sofortige Bürgschaftszusage einen unmittelbar drohenden Firmenzusammenbruch erwarten lassen, nicht nur zugunsten von Großunternehmen, sondern auch zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen zu gewähren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

96. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die neuen Praktiken der niederländischen Wirtschaftsförderung (vor allem die Förderung für die Landwirtschaftlichen Betriebe durch das Wet Investering Rekening-Verfahren) neuerdings nicht nur steuerliche Vergünstigungen zulassen, sondern nun direkte Prämienzahlungen und Zuschüsse für landwirtschaftliche Investitionen zwischen 28 v. H. und 45 v. H. als Investitionszuschüsse gezahlt werden, und ist die Bundesregierung bereit, dieses Thema sofort in der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Sprache zu bringen, damit nicht neue Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil anderer Mitgliedsländer entstehen?

97. Abgeordneter **Pawelczyk** (SPD)

Was beabsichtigt die Bundesregierung gegen tierschutzwidrige Formen der Pflege und Unterbringung von Tieren beim Transport und Handel sowie bei der Unterbringung von Tieren in sogenannten Hunde- und Katzenhotels zu unternehmen?

98. Abgeordneter **Pawelcyk** (SPD)

Welche gesundheitlichen Gefährdungen gibt es bei tierschutzwidriger Pflege und Unterbringung für andere Tiere und Menschen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

99. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche positive Wirkung und Vorteile verspricht sich die Bundesregierung in energie- und wohnungspolitischer Hinsicht von der Einteilung der Wohnungen nach Wärmebedarfsklassen, welche Vorstellungen hat die Bundesregierung dabei in verfahrensrechtlicher Hinsicht?

100. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung technisch überhaupt für möglich, einfache und objektiv nachprüfbare Kriterien zur Einordnung der Wohnungen in Wärmebedarfsklassen zu finden und diese dann auch als zugesicherte Eigenschaften in den Mietverträgen zu verankern, und wie soll sich die Klassifikation bei den Mietpreisen niederschlagen?

101. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die mittelfristige Entwicklung des Eigenheimbaues, wie beurteilt sie insbesondere die vermehrt in Kreisen der Wohnungswirtschaft geäußerte Befürchtung, der Eigenheimbau werde infolge der Entwicklung der Bau- und Finanzierungskosten sowie der Grundstückspreise zunehmend in eine Flaute geraten?

102. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, daß der Wohnungsbauminister eine Änderung des § 7 b EStG noch in dieser Wahlperiode anstrebt (z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. November 1979), und wenn ja, an welche Änderungen ist dabei im einzelnen gedacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

103. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung aus deutscher Sicht die Feststellung von Mitarbeitern der amerikanischen Environmental Protecting Agency (Nucleonics Week vom 25. Oktober 1979), daß die Strahlenbelastung durch Radon in geschlossenen Räumen bei weitem das größte radiologische Problem sei, und kann sie Abschätzungen deutscher Wissenschaftler bestätigen, wonach sich durch eine Verringerung der Luftwechselrate um den Faktor 5 bis 10 in wärmegedämmten Wohnungen, wie sie in gut gedichteten schwedischen Häusern beobachtet wurde, unter der Annahme eines Anteils von etwa 30 mrem aus der Luftbelastung durch Radon an der jährlichen natürlichen Ganzkörperdosis von etwa 110 mrem, eine Erhöhung der jährlichen Strahlenbelastung auf 230 bis 380 mrem ergeben würde?

104. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Pläne der Wirtschaft, die Probleme des deutschen Softwaremarktes durch Gründung einer Softwareagentur zu lösen?

105. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Würde die Bundesregierung derartige Pläne unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

106. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Bedeutet die Feststellung des Bundeskanzlers in einem Pressegespräch, das Gleichgewicht der Kräfte sei „unabwendbare Voraussetzung für eine wirksame kontinuierliche, zuverlässige Friedenspolitik" und man müsse ein irgendwo gestörtes Gleichgewicht wieder herstellen, eine Absage gegenüber Meinungen, eine Nachrüstung der Nato sei „lebensgefährlich", die sowjetische Rüstung in Europa „defensiv"?

107. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Preußen überhaupt keine Deutschen gewesen sind, sondern eine Sprache sprachen, die dem Litauischen ähnlich war, wie vom Bundeskanzler in einer kürzlichen Fernsehdiskussion im Reichstag geäußert wurde?

108. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Sind für dieses oder das kommende Jahr weitere „Kanzlerfeste" nach Art des „Eulenspiegel-Festes" vom 6. Oktober 1979 geplant, etwa ein „Rattenfänger-Fest", ein „Rumpelstilzchenfest" oder ein „Rotkäppchen-Fest"?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

109. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, sich bei der polnischen Regierung dafür einzusetzen, daß für Besucher aus dem norddeutschen Raum eine Visastelle in Hamburg eingerichtet wird, um – besonders in dringenden Fällen – die Belastung der langen Anfahrt nach Köln oder Berlin zu vermeiden?

110. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Satz aus dem Kommuniqué nach dem Besuch des Bundesaußenministers in Rumänien, „daß humanitäre Probleme auf der Grundlage ihrer in bilateralen und multilateralen Dokumenten bekräftigten Absichten weiterhin wohlwollend behandelt werden sollen" angesichts des Rückgangs der Ausreise der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr?

111. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie ist der gegenwärtige Stand der Gespräche und Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen über die Möglichkeit für die Kriegsgräberfürsorge, sich um die Pflege der Soldatengräber und Soldatenfriedhöfe im Bereich der Volksrepublik Polen zu kümmern?

112. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Fordert die Bundesregierung von der Volksrepublik Polen (ähnlich wie von der DDR gemäß Drucksache 8/3188 III A a), daß für die in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden deutschen Staatsangehörigen die Gesetzgebung und Verwaltungspraxis in bezug auf Behinderungen und Diskriminierungen wegen nationaler, sprachlicher und politischer Anschauungen in Einklang mit den Rechten des IPBPR gebracht werden, „sei es durch inhaltliche Anpassung, sei es durch Aufhebung entgegenstehender oder den Erlaß neuer Gesetze oder daß eine dem Pakt gemäße Auslegung und Anwendung dieser Gesetze im Einzelfall“ sichergestellt werden muß, damit diese Deutschen „auch tatsächlich in den Genuß der garantierten Rechte kommen könnten“?

113. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Entspricht es einer Anweisung des Auswärtigen Amtes, daß bei der deutschen Botschaft in Washington die Bundesdienstflagge deshalb nicht gehißt wird, weil seitens der Botschaft „mit einer Zerstörung der Fensterscheiben“ gerechnet wird, wie dies einer Besuchergruppe mitgeteilt wurde, die vom 4. bis 20. Oktober 1979 in den USA weilte und dabei u. a. auch der deutschen Botschaft in Washington einen Besuch abstattete?

114. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die entscheidend kommunistisch beeinflußte „Freundschaftsgesellschaft BRD – Kuba“, zu deren Vorstand u. a. die DKP-Funktionäre H. E. Gross, F. Noll, U. Schüler und K. H. Vach gehören, Gesprächspartner des Auswärtigen Amts ist oder war?

115. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Welche unmittelbaren oder mittelbaren Zuwendungen aus Bundesmitteln hat die „Freundschaftsgesellschaft BRD – Kuba“ bisher erhalten, und welche sind in Aussicht genommen?

116. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Argentinien auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie?

117. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereit, Lieferungen von kerntechnischen Anlagen der deutschen Industrie nach Argentinien zu unterstützen?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundeskanzler im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz die Bundesminister aufgefordert hat, die Fragen in der Fragestunde nur in allgemeiner Form zu beantworten und wenn ja, wie verhält sich dies zum verfassungsmäßig verbürgten Informationsanspruch jedes Bundestagsabgeordneten in einem parlamentarischen Regierungssystem?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Verurteilung des deutschen Staatsangehörigen Angelo Winkler zu lebenslanger Haft durch ein türkisches Gericht, und welche Schritte und mit welchem Erfolg hat sie unternommen, um eine Auslieferung zu erreichen?

3. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Pressemeldungen bekannt, nach denen die Sowjetunion Titanlieferverträge z. B. mit Frankreich für 1979 von 700 vereinbarten Tonnen auf 50 reduziert hat, und ist die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls von einer derartigen Reduzierung betroffen?

4. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Sowjetunion die Lieferungen nicht nur drastisch reduziert sondern zusätzlich den Preis verfünffacht hat, und welche Auswirkungen haben gegebenenfalls Lieferkürzungen und Verteuerungen auf das Beschaffungsvorhaben MRCA?

5. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bisher eine Bevorratung mit Titanschwamm vorgesehen, oder auf welche andere Weise hat sie sichergestellt, daß das Beschaffungsvorhaben MRCA wie geplant durchgeführt werden kann?

6. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Aus welchen Ländern hat die Bundesrepublik Deutschland bisher Titanschwamm bezogen, in welcher Höhe und zu welchem Preis?

7. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Dokumentation in der deutschen Frage allen Botschaftern im Ausland verfügbar zu machen, damit sie den Gastregierungen die deutsche Frage verständlich machen, nachdem der deutsche UNO-Botschafter von Wechmar bei den Vereinten Nationen ausgeführt hat, daß das Verständnis für die Details der deutschen Frage bei den UN-Mitgliedern nicht weit verbreitet sei und es der ständigen Aufklärung über die deutsche Teilung bedürfe („Welt am Sonntag“ vom 28. Oktober 1979)?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

8. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Hat nach Auffassung der Bundesregierung ein ausländischer Arbeitnehmer nach fünfjährigem Aufenthalt auch dann einen Anspruch auf unbefristete Aufenthaltserlaubnis, wenn er ohne Familie hier weilt, und wenn nein, ist eine Initiative zur Rechtsänderung beabsichtigt?

9. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Treffen in der Presse wiedergegebene Äußerungen eines Mitglieds des Kreistags des Kreises Reutlingen zu, wonach die 1977 errechneten Gesamtkosten für das zusammen mit dem Land Baden-Württemberg und den Kreisen Reutlingen und Tübingen geplante Bundesmodell für Abfallverwertung von 116 Millionen DM inzwischen auf 204 Millionen DM gestiegen seien, und wonach das Investitionsrisiko für die Kreise Reutlingen und Tübingen von derzeit 156,7 Millionen DM gegenüber den vor zwei Jahren angenommenen 68,7 Millionen DM nicht mehr kalkulierbar sei (vgl. Reutlinger Generalanzeiger vom 18. Oktober 1979)?

10. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die an diese Äußerungen anknüpfende Prognose, wonach die Bürger der Kreise Reutlingen und Tübingen eine Anlage finanzieren müßten, deren Forschungsergebnisse womöglich ganz Europa dienen, die aber auch das siebenfache der Müllgebühren verlangen werde?

11. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Welche finanziellen Auswirkungen ergeben sich im Fall beträchtlicher Kostensteigerungen bei der Errichtung dieses Bundesmodells auf Grund der zwischen Bund, Land und den Kreisen getroffenen Vereinbarung für die beiden Landkreise und die auf die Bevölkerung zukommenden Müllgebühren?

12. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die Bürger der beiden Landkreise nach der Errichtung des Bundesmodells nicht mit höheren Müllgebühren als denen einer modernen Kompostierungsanlage belastet werden?

13. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wieweit sind die Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim an das Sirenenwarnnetz angeschlossen, und wieweit hat sich die bislang unzureichende Ausstattung dieser Kreise von 1975 bis heute verbessert?

14. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung kurzfristig, also für 1980/81, zur Verbesserung der Situation in diesen Kreisen zu ergreifen angesichts der vielen militärischen Anlagen sowie der Tiefflugschneisen im dortigen Raum?

15. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Wie hoch war die Zahl der Mitarbeiter- bzw. Personalstellen der einzelnen in Berlin residierenden Bundesbehörden am 31. Dezember 1968 verglichen mit dem 31. Oktober 1979?

16. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Wie hoch war die Zahl der Mitarbeiter- bzw. Personalstellen der einzelnen in Bonn bzw. der übrigen Bundesrepublik Deutschland residierenden Dependancen der in Berlin ansässigen Bundesbehörden am 31. Dezember 1968 verglichen mit dem 31. Oktober 1979?

17. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß in einem Richtlinienentwurf des Bundesinnenministers über die Beurteilung und Zuverlässigkeit des verantwortlichen Schichtpersonals in Kernkraftwerken in physischer und psychischer Hinsicht das Urteil eines einzigen Vorgesetzten genügen soll, um bei einem Katalog von mehreren Fragen mit einer einzigen „nicht ausreichend" beantworteten Frage den Arbeitsplatz zu verlieren?

18. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung gegebenenfalls die Notwendigkeit einer solchen Richtlinie, und wie ist diese Richtlinie mit dem Betriebsverfassungsgesetz zu vereinbaren, dessen § 95 feststellt, daß Einstellungen, Versetzungen und Kündigungen der Zustimmung des Betriebsrats bedürfen?

19. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Fakten sind für die Bundesregierung bei der Gestaltung der Beihilfevorschriften (BhV) maßgebend, wenn sie nach der Antwort auf die Schriftliche Frage B 22 (Anlage 16 zum Stenographischen Bericht über die 173. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 1979) nicht verfügbare Zahlen über die für die verschiedenen Personengruppen im einzelnen entstandenen Beihilfeaufwendungen (Fragen B 19, 20) sowie über die durch den umstrittenen Beihilfeausschluß bei Sachleistungen und Sachleistungssurrogaten erwirtschafteten Minderausgaben (Frage B 21) beihilferechtlich für nicht entscheidend und einen rein unter Haushaltsgesichtspunkten angestellten Vergleich trotz der von ihr dargelegten fortlaufenden Erhöhung der Beihilfeausgaben für nicht aussagefähig hält?

20. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, vom frühestmöglichen Zeitpunkt an die Beihilfeausgaben nach Arbeitern, Angestellten, Soldaten (-angehörigen), Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern gesondert ausweisen zu lassen, und zwar für die letzten vier Personengruppen getrennt nach Mitgliedern und Nichtmitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), bei den Trägern der GKV, evtl. über die Dachverbände, zu ermitteln, wie viele Bundesbeamte freiwillig bei den RVO-Kassen sowie den Ersatzkassen versichert sind und inwieweit diese überwiegend Sachleistungen oder überwiegend Sachleistungssurrogate erhalten, bzw. das Ergebnis der Ermittlungen mitzuteilen und in die Überlegungen der Neugestaltung des Beihilferechts einzubeziehen?

21. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann aus der Antwort der Bundesregierung auf die Frage B 22, das System der Krankheitsbeihilfe im Dienstrecht sei mit der GKV wegen struktureller Unterschiede prinzipiell nicht vergleichbar, gefolgert werden, daß sie die Krankheitsbeihilfe mit dem System der privaten Krankenversicherungen, dem sich die BhV anpassen, für vergleichbar hält, und ist es nicht zumindest der Versuch einer vergleichenden Wertung, wenn in der Antwort auf diese Frage abschließend festgestellt wird, daß die unterschiedliche Zielrichtung der Systeme (ergänzende Fürsorge einerseits, voller Versicherungsschutz andererseits) keine generelle Aussage darüber zulasse, welches System letztlich günstiger sei?

22. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wie bringt die Bundesregierung ihre Aussage, die GKV gewähre im Gegensatz zu der ergänzenden Fürsorge nach dem Dienstrecht vollen Versicherungsschutz, mit der Tatsache in Einklang, daß sich dieser sog. Vollschutz infolge des Sachleistungsprinzips der GKV nur auf Krankenscheinbehandlungen, nicht aber auf die sehr viel teureren Privatbehandlungen erstreckt, die dem Grunde nach beihilfefähig und damit alleiniger Maßstab für die Bedeutung des Schutzumfangs sind?

23. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein Ergebnis der US-Untersuchungskommission zum Reaktorunfall bei Harrisburg, man sei auf allen Ebenen und in allen Bereichen auf menschliches Versagen gestoßen, auch für die Ausbildung und Überwachungstätigkeit des Bedienungspersonals in der Bundesrepublik Deutschland eine außerordentlich gründliche Überprüfung der Funktionsfähigkeit nötig macht, oder können solche schwerwiegenden Mängel in deutschen Kernkraftwerken ausgeschlossen werden?

24. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Wird die Bundesregierung die Forderung der US-Kommission, den Bau von Kernkraftwerken auf menschenarme Gebiete zu konzentrieren, zum Anlaß nehmen, die Gefahren der Kernkraftnutzung in der außerordentlich dicht besiedelten Bundesrepublik Deutschland einer eingehenden Prüfung zu unterziehen?

25. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Wie viele Auszubildende wurden in den einzelnen Bundesministerien zum 1. August bzw. 1. September 1979 eingestellt?

26. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie groß ist zur Zeit der Öleintrag in den Bodensee, und auf welche Verursacher läßt er sich zurückführen?

27. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdung der Wasserqualität des Bodensees durch diesen Öleintrag, und welche Möglichkeiten bestehen nach ihrer Meinung, diese Gefährdung abzubauen?

28. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung des Übereinkommens zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride, und bis zu welchem Zeitpunkt kann nach Meinung der Bundesregierung damit gerechnet werden, daß Frankreich dieses Übereinkommen in Kraft setzt, damit es überhaupt durchgeführt werden kann?

29. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Ist der Bundesregierung die im Auftrag der US-Umweltschutzbehörde EPA erstellte Studie über die Auswirkung von Treibgasen, sogenannter Fluorkarbone (FCKW), bekannt, die laut einer Meldung der Frankfurter Rundschau vom 5. November 1979 zu dem Ergebnis kommt, daß die Auswirkung dieser Treibgase die Ozonschicht viel schneller, als bisher angenommen, zerstört, und wenn ja, welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen im Hinblick auf die Tatsache, daß die EG-Kommission vom EG-Rat beauftragt worden war, einen Beschlußentwurf vorzulegen, der unter anderem berücksichtigt, „im Falle von neuen und überzeugenden wissenschaftlichen Befunden werden entscheidende Verwendungsbeschränkungen vorgenommen“?

30. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wie ändert sich bei voller Inbetriebnahme des geplanten Kernkraftwerks in Cattenom die Wasserführung der Mosel, und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Bundesregierung hinsichtlich Ökologie, Industrieplanung und Schiffahrt?

31. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Zuge der Errichtung des französischen Kernkraftwerks in Cattenom, insbesondere in der Gegend von Hagondange, die Errichtung von chemischer, kunststoffverarbeitender und keramischer Industrie beabsichtigt ist, und welche Folgerungen ergeben sich daraus nach Meinung der Bundesregierung für die Wasserbelastung der Mosel?

32. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Hat die französische Regierung die Bundesregierung davon unterrichtet, wieviel Wasserspeicherbecken im Zuge der Errichtung des Kernkraftwerks in Cattenom mit welchem Fassungsvermögen errichtet werden sollen, und welche Konsequenzen ergeben sich nach Meinung der Bundesregierung daraus für Saar und Mosel?

33. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Angaben über die vorgesehenen Standorte der für das Kernkraftwerk in Cattenom geplanten Wasserspeicherbecken vor, und wann sollen sie errichtet werden?

34. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wie verteilen sich die im Verfassungsschutzbericht 1978 aufgeführten 946 linksextremistischen Lehrer (885 bei den Ländern und 61 bei Kommunen) auf die einzelnen Bundesländer, und wie beurteilt die Bundesregierung den sprunghaften Anstieg der Linksextremisten im Schuldienst?

35. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU

Welche disziplinarischen Maßnahmen sind gegen extremistische Lehrer getroffen worden?

36. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

In welcher Weise wird das Bundesinnenministerium den berechtigten Interessen der Hersteller von Waschmitteln in bezug auf die Verordnung über Höchstmengen von Phosphaten in Wasch- und Reinigungsmitteln (Phosphathöchstmengenverordnung) Rechnung tragen?

37. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist das Bundesinnenministerium bereit, bei der Phosphathöchstmengenverordnung zunächst nur eine erste Stufe zur Begrenzung des Phosphatgehaltes in Waschmitteln festzuschreiben und gleichzeitig einen Plan für die schrittweise Einführung der „3. Reinigungsstufe" zu entwerfen und zu verwirklichen, wobei bedacht werden sollte, daß keine wie immer geartete Phosphatbeschränkung in Waschmitteln diese „3. Reinigungsstufe" einsparen kann?

38. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Bis wann ist mit dem Abschluß der Verhandlungen über den Erwerb eines Grundstücks für den THW-Ortsverband Rastatt zu rechnen, und wann kann das seit vielen Jahren angestrebte Gebäude darauf errichtet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

39. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)	Welche Erkenntnisse liegen hinsichtlich der Auswirkungen der Unterbringung von nach dem Betäubungsmittelgesetz verurteilten Strafgefangenen in Justizvollzugsanstalten vor in bezug auf die Resozialisierung drogenabhängiger sowie auf die negative Beeinflussung nicht drogenabhängiger Strafgefangener, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen?
40. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)	Reicht die Zahl der für die Therapie von Drogenabhängigen zur Verfügung stehenden Plätze in sozialtherapeutischen und ähnlichen Institutionen aus, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese zu erhöhen, um das Antidrogenkonzept „Therapie statt Knast" wirksam umsetzen zu können?
41. Abgeordneter **Menzel** (SPD)	Sind Pressemeldungen zutreffend (u. a. Spiegel und WAZ vom 29. Oktober 1979), wonach Agenten des israelischen Geheimdienstes in Zellen der Haftanstalt Straubing bei München inhaftierte Palästinenser verhört haben sollen, und falls ja, hält die Bundesregierung diesen Vorgang für vereinbar mit unseren freiheitlich-rechtsstaatlichen Grundsätzen?
42. Abgeordneter **Menzel** (SPD)	Welche Konsequenzen gedenkt sie daraus zu ziehen, damit für die Zukunft gewährleistet ist, daß sich solche Vorfälle in keinem Bundesland wiederholen können, und wird durch solche Verhaltensweisen die Gefahr neuerlicher Anschläge der PLO auf deutschem Boden heraufbeschworen?
43. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)	Ist nach Kenntnis der Bundesregierung das im Parlamentarisch-Politischen Pressedienst vom 9. Juli 1979 gemeldete Ergebnis, daß die Scheidungskosten nach der Eherechtsreform fast das Vierfache dessen betragen, was vor Inkrafttreten des Gesetzes an Gerichts- und Anwaltskosten bezahlt werden mußte, als Beispiel erfolgreicher Interessenvertretung der Rechtsanwälte zu Lasten der Bürger zu sehen, und welche Konsequenzen denkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?
44. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Unter welchen Voraussetzungen können Spätaussiedler mit der vollen Berufsqualifikation des Herkunftslands Volljuristen im Sinne des Richtergesetzes in der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt werden?
45. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Unterstützt die Bundesregierung die anläßlich des 100jährigen Bestehens der Rechtsanwaltskammer München von der Augsburger Allgemeinen am 18. Oktober 1979 („Advokat unterstand dem Staat") vermerkte Front der Rechtsanwälte gegen die Vorstellung, das Recht sei machbar, die sich insbesondere auch in dem Bestreben äußere, die Gerichtsverfahren – auf Kosten eingehender Sachaufklärung und exakter Rechtsfindung – zu beschleunigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

46. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Mit welchem Recht hat die Bundesregierung meine Anfrage über die Spendenabzugsfähigkeit der KPD-ML-Gesellschaft der Freunde Albaniens damit beantwortet, daß dafür die bayerischen Finanzbehörden zuständig seien, obwohl es sich um eine Gruppe aus dem Bundesland Nordrhein-Westfalen handelt?
47. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Kann davon ausgegangen werden, daß in diesem Fall die Finanzbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Gruppe KPD-ML-Gesellschaft der Freunde Albaniens zuständig und verantwortlich ist?
48. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)	Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Urteil des Bundesfinanzhofes vom 1. Februar 1979 – Az IV R 113/76 –, wonach Gemeinschaftspraxen bürgerlichen Rechts von Tierärzten, die zum Teil auch gewerbliche Tätigkeiten ausüben, dann aber deswegen für ihre gesamte Tätigkeit als Gewerbebetrieb behandelt werden, für die Entwicklung von Gemeinschaftspraxen von Freiberuflern überhaupt?
49. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)	Inwieweit kann die Bundesregierung ihrer Aufgabe der Wohnungsfürsorge gerecht werden, um die durch überhöhte Betriebskostenabrechnungen verursachten Miterprozesse, die von Bundeswehrangehörigen am Standort Mitteratshausen gegen das Bundesvermögensamt geführt werden, für die Bundeswehrangehörigen im Sinne einer gerechten Lösung positiv zu beenden?
50. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)	Sind die durch das Gebiet des Hauptquartiers Mönchengladbach-Rheindahlen führenden Straßen, die uneingeschränkt in dem nicht umfriedeten Gebiet dem öffentlichen Verkehr zugänglich sind, dem „öffentlichen Verkehr dienende Straßen und Plätze" im Sinne des zweiten Absatzes der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesfinanzminister vom 8. November 1979 (Aktenzeichen VI B 4-VV 7425 B – 3/79 auf die schriftliche Anfrage Nr. 61 B in der Bundestagsdrucksache 8/3310)?
51. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)	Welche Steuermindereinnahmen (bezogen auf das Entstehungsjahr) würden eintreten, wenn bei der Einkommensteuer die Obergrenze des Altersfreibetrags auf 3 600 DM, die Obergrenze des Versorgungs-Freibetrags auf 7 200 DM mit Wirkung ab 1980 angehoben würden?
52. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)	Welche Steuermindereinnahmen (bezogen auf das Entstehungsjahr) würden eintreten, wenn bei der Einkommensteuer der Altersfreibetrag auf 1 440 DM der Hausgehilfinnen-Freibetrag (§ 33a Abs. 3 Nr. 2 EStG) auf 2 400 DM mit Wirkung ab 1980 angehoben würde?
53. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)	Welche Steuermindereinnahmen (bezogen auf das Entstehungsjahr) würden eintreten, wenn bei der Einkommensteuer der Pauschbetrag für Hinterbliebene auf 1 800 DM, die Pauschbeträge für Körperbehinderte um 50 v. H. mit Wirkung ab 1980 angehoben würden?

54.	Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob in den letzten zehn Jahren einmal die amtlichen Vordrucke für die Einkommensteuererklärung einschließlich der dazugehörigen Anlagen die gleichen wie im vorangegangenen Jahr gewesen sind?
55.	Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)	Wie viele Seiten umfaßten 1970 sowie 1978 die für die Abgabe einer normalen Einkommensteuererklärung notwendigen Formulare einschließlich der dazugehörigen Anlagen, und wie viele Druckseiten betrug der dem Steuerzahler zur Einkommensteuererklärung beigefügte Text „Anleitung zum Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich und zur Einkommensteuererklärung" (Anleitung ESt/LSt) im Jahr 1970 sowie im Jahr 1978?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

56.	Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Entwicklungsländer in zunehmendem Maße Exportsperren für Häute und Felle verhängen und damit sowohl das internationale Preisniveau als auch die interne Preisgestaltung in wettbewerbsverzerrender Weise manipulieren, und erblickt die Bundesregierung in der Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und Argentinien eine Möglichkeit, um auch von deutscher Seite einer solchen Manipulation entgegenzuwirken?
57.	Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den diskriminierenden Wettbewerbsverzerrungen auf Grund von speziellen Exportprämien für zugerichtete Leder und Erzeugnisse aus Leder sowie für Luftfrachtkosten entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

58.	Abgeordneter **Paintner** (FDP)	Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, ob, wie vom Deutschen Verbraucherschutzverband (DVS) behauptet, nach 10jährigem ständigen Gebrauch von organischen Handelsdüngern, denen „Ledermehl" beigemischt ist, der Boden für den Nahrungspflanzenanbau vergiftet ist?
59.	Abgeordneter **Paintner** (FDP)	Trifft es zu, daß der Verwaltungsausschuß für Milch bei der EG-Kommission ein Verkaufsstop für Magermilch erlassen hat, und wenn ja, rechnet die Bundesregierung damit, daß dadurch die Bereitschaft der Futtermittelindustrie, Magermilchpulver in Kälber-, Hühner- und andere Mischfutter aufzunehmen, wieder zerstört wird?
60.	Abgeordneter **Paintner** (FDP)	Sind der Bundesregierung Vorwürfe bekannt, daß bei der Kälbermast mit dem Ziel, „weißes Fleisch" zu erhalten, den Tieren angeblich große Qualen zugefügt werden, und was ist – sollte dies zutreffen – dagegen zu tun?

61. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Wie weit sind die im Bundeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel für Investitionen zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für den Umweltschutz im Agrarbereich vergeben, und welche Förderungsschwerpunkte sind dabei gesetzt worden?

62. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welcher Teil des in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt erzielten jährlichen landwirtschaftlichen Reineinkommens entfällt auf die in der Landwirtschaft betrieblich vollbeschäftigten Erwerbspersonen beiderlei Geschlechts und wieviel davon auf familieneigene bzw. ständig familienfremde Personen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

63. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Was hat den Bundesarbeitsminister bewogen, gerade die Deutsche Forschungsversuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt zum Projektträger des Programms zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit zu machen, und welche sonstigen Projektträger sind bei dem genannten Programm eingeschaltet?

64. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, wann dem Deutschen Bundestag der Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit dem Jugendarbeitsschutzgesetz (Drucksache 8/2796, Nr. 19) vorgelegt wird?

65. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Zeichnen sich in diesem Zusammenhang auf Grund der bisher beim Bundesarbeitsminister eingegangenen Berichte der Länder erhebliche Schwierigkeiten bei der Ausführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes ab, und wenn ja, welche?

66. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung künftig einer Zunahme der Arbeitslosigkeit bestimmter Problemgruppen wie z. B. langfristige und ältere Arbeitslose, arbeitslose Schwerbehinderte und ausländische Jugendliche, arbeitslose Frauen, die nur eine Teilzeitarbeit verrichten können) entgegenwirken, und hält sie das derzeitig zur Verfügung stehende Instrumentarium für ausreichend, das einem Abbau der Arbeitslosigkeit dieser Problemgruppen dient?

67. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei der Erarbeitung des Entwurfs eines Gesetzes über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz/KSVG) nicht die im Künstlerbericht (Drucksache 7/3071) enthaltenen Zahlen, sondern die Daten der letzten Volkszählung zugrunde gelegt wurden?

68. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Erhebung exakten Datenmaterials dringend geboten ist, um im Gesetzentwurf zu realistischen Ansätzen (Beiträge, Künstlersozialabgabe, Bundeszuschuß) zu gelangen?

69. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Kostenentlastungen entstehen bei den Gemeinden und bei den Trägern sozialer Dienste durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Arbeitsämter, und wie hoch werden deren indirekte Auswirkungen (z. B. geringere Krankenhauskosten wegen häuslicher Pflege durch ABM-Kräfte) geschätzt bzw. laufen Untersuchungen, um diese Effekte zu erfassen?

70. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Überlegungen stellt die Bundesregierung an, um hier einen „Finanzierungsverbund" zu entwikkeln, damit die Schaffung von Dauerarbeitskräften durch eine „Verursachergerechte" Kostenzuordnung ermuntert, statt durch eine Bundesfinanzierung entmutigt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

71. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß junge Staatsbürger teilweise vier und mehr Jahre auf eine rechtsverbindliche Entscheidung über ihren Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer warten müssen?

72. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung dem Eindruck entgegenzutreten, die verzögerliche Behandlung und die damit verbundene Unsicherheit solle auf potentielle Kriegsdienstverweigerer abschreckend wirken?

73. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Wie erklärt die Bundesregierung das Ansteigen der Zahl der unerledigten Verfahren zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer von 69 348 am 1. Oktober 1978 auf 74 101 Verfahren am 31. März 1979 (vgl. Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. von Bülow vom 2. Juli 1979)?

74. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Hält die Bundesregierung an ihrer erklärten Absicht fest, bis zum Ende des Jahrs 1980 alle noch laufenden Verfahren auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus den Jahren 1975 bis 1978 abzuschließen?

75. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Wie hoch war die Zahl der unerledigten Verfahren einschließlich der Verwaltungsstreitverfahren am 30. September 1979?

76. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß in der Bundeswehr Hauptleute als stellvertretende Bataillonskommandeure verwendet werden und dennoch mangels Haushaltsstellen nicht zum Major befördert werden können?

77. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Für wann ist beabsichtigt, im Fliegerhorst Goslar die Luftwaffeneinheiten des Luftwaffenausbildungsregiments III und der 16./FmReg 33 auf Grund der Nähe zur innerdeutschen Grenze und so der unmittelbaren Bedrohung in einem V-Fall durch Kampfverbände des Heeres abzulösen, und erscheint es taktisch angebracht und möglich, dort eine Jägereinheit unserer Bundeswehr, sowohl aus Verteidigungsgründen als auch zur Anknüpfung an die Tradition der „Goslarer Jäger" zu stationieren?

78. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Wieviel Dienstposten (Beamte) wurden im Laufe der letzten Jahre in Dienstposten (Angestellte) im Bereich der Bundeswehrverwaltung umgewandelt, und welche Gründe waren dafür maßgebend?

79. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Entspricht es den Tatsachen, daß seit 1978 bei Infrastrukturmaßnahmen der Bundeswehr keine Zivilschutzräume mehr eingeplant werden, wie dies beim Korpsdepot Herrnried in Niederbayern der Fall ist, und warum werden für die Zivilschutzräume im Korpsdepot Falkenfels keine Ausstattungssätze geliefert?

80. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Welche Ursachen liegen der Tatsache zugrunde, daß – trotz verschiedener Maßnahmen, wie wohnortnahe Einberufung und Nichterstattung der Fahrkosten bei Benutzung des privaten Pkws zur Heimfahrt – die Zahl der außerdienstlichen Kraftfahrzeugunfälle von Soldaten mit tödlichem Ausgang mit 4 009 in den Jahren 1970 bis 1978 erschreckend hoch ist?

81. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten werden gesehen, eine wirkungsvolle Bekämpfung der Ursachen für die hohen Unfallzahlen vorzunehmen?

82. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Welche Behandlungen oder sonstigen Maßnahmen werden durch die Bundeswehr ergriffen, wenn Drogenmißbrauch eines Soldaten festgestellt wird?

83. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die mögliche Bereitstellung von Dienstfahrzeugen der Bundeswehr bei fehlenden oder unzureichenden öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Kaserne und nächstgelegenem verkehrsgünstigen Bahnhof mangelhaft gehandhabt wird?

84. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Zum Besuch welcher Veranstaltungen welcher SPD-Gremien seit Beginn dieses Jahres hat der Bundeskanzler Beförderungsmittel der Bundeswehr benutzt, und welche Beträge sind dafür dem Bund aus Parteimitteln der SPD vergütet worden?

85. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß durch Einführung des Computersystems für Erfassung, Einplanung und Einberufung von Wehrpflichtigen ausschließlich Fragen des Bedarfs bei der Truppe für die spätere Stationierung des Soldaten von Bedeutung sind und begründete Wünsche auf heimatnahe Einberufung durch dieses System nicht erfaßt und dadurch vor der Einberufung weder berücksichtigt noch gewürdigt werden?

86. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, dieser Entwicklung entgegenzutreten und dadurch für mehr Wehrgerechtigkeit zu sorgen?

87. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wann wird der Nato-Flugplatz Söllingen, wie andere Nato-Flugplätze, notfalls ohne die in Rede stehende Umrüstung der dort einzusetzenden Flugzeugtypen abzuwarten, mit Lärmschutzhallen ausgestattet, um die umliegende Bevölkerung zumindest vom Bodenlärm, der zudem noch oft in den Nachtstunden erzeugt wird, zu entlasten?

88. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Sind bei allen Truppeneinheiten die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Wehrpflichtigen ihre Wäsche an ihrem Truppen-Standort waschen bzw. waschen lassen können, so daß die Mütter und Frauen der Wehrpflichtigen an den Wochenenden nicht mit Wascharbeiten belastet werden müssen?

89. Abgeordneter **Dr. Wörner** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Reservisten zu Wehrübungen, insbesondere sogenannte Mob-Übungen, eingezogen werden, obwohl der Dienstposten, auf den die Einberufung erfolgt, während der gesamten Dauer der Wehrübung von einem aktiven Soldaten besetzt ist, der die Funktion auch wahrnimmt, und Einberufungen zu Pflichtwehrübungen ohne vorherige Abstimmung mit dem aufnehmenden Truppenteil erfolgen, so daß dieser mit dem ihm zugewiesenen Wehrübenden nichts anzufangen weiß und ihm auch keinerlei Aufgaben überträgt?

90. Abgeordneter **Dr. Wörner** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen der Einsatz von wehrübenden Reservisten ohne Rücksicht auf deren bisherige militärische Ausbildung und Verwendung erfolgt?

91. Abgeordneter **Dr. Wörner** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung derartiger Wehrübungen, wenn zuvor ein Antrag des Reservisten auf Zurückstellung wegen prüfungsrelevanter Arbeiten von der Wehrersatzbehörde als unbegründet zurückgewiesen wurde?

92. Abgeordneter **Dr. Wörner** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um solche Fälle künftig auszuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

93. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie läßt sich im Bereich der Notlagenindikation die jährliche Zahl der Schwangerschaftsabbrüche aufgliedern in Fälle, die durch materielle und sonstige staatliche und gesellschaftliche Hilfen behoben werden könnten, und Fälle, bei denen Gründe maßgebend sind, die im familiären und persönlichen Lebensbereich der Schwangeren liegen, und ist die Bundesregierung der Meinung, daß im Bereich der Notlagenindikation eine mißbräuchliche Zugrundelegung ausgeschlossen werden kann?

94. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Fallgruppen kommen in der letzteren Kategorie hauptsächlich vor?

95. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Stellungnahme zur Abtreibungsproblematik, die in der gemeinsamen Erklärung des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz mit dem Titel „Grundwerte und Gottes Gebot" enthalten ist?

96. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Könnten durch Ankauf der gesamten Mohnernte in der Türkei oder in Afghanistan die Folgen der Drogenabhängigkeit billiger und wirkungsvoller bekämpft werden, wie das vom Bundesvorstandsmitglied der Gewerkschaft der Polizei, Siegfried Brugger, vorgeschlagen wurde?

97. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, das allgemeine Verbot der krankheitsbezogenen Werbung im Lebensmittelgesetz auch auf Diätmargarine mit einem Anteil von mehr als 50 v. H. essentieller Fettsäuren auszudehnen, um den bei Verbrauchern erweckten Eindruck zu unterbinden, Margarine verhindere durch positive Wirkung auf den Cholesterinspiegel im Blut grundsätzlich Herz- und Kreislauferkrankungen?

98. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für angebracht, die seit Jahren fällige gesetzliche Regelung des Niederlassungsrechts freiberuflich psychotherapeutisch tätiger Diplompsychologen noch weiter aufzuschieben, bzw. welches sind die Gründe hierfür?

99. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß nach dem neuen Jugendhilfegesetz eine freiberufliche psychotherapeutische Tätigkeit von Diplompsychologen in der Jugendhilfe behindert, eingeschränkt oder gar unmöglich gemacht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

100. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die bestehende Schiffsbesetzungs- und Ausbildungsordnung (SBAO), die durch überholte restriktive Vorschriften die nationale Handelsflotte wettbewerbsmäßig benachteiligt, zu modernisieren und unverzüglich auf einen praxisnahen Stand zu bringen ist, und wann wird sie die Novellierung vornehmen?

101. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Ist bei einer Novellierung der SBAO vorgesehen, die Geltungsbereiche für das Befähigungszeugnis AM geographisch und schiffsgrößenbezogen auszudehnen, um damit den Wettbewerbsnachteil für die deutsche Küstenschiffahrt aufzuheben?

102. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob es im Nahverkehr Zeitkartentarife für den Berufsverkehr gibt, nach denen der gefahrene Kilometer mehr kostet als 0,18 DM?

103. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Fortschreibung des Bedarfsplans für den Ausbau der Bundesfernstraßen die Ortsumgehung zur B 260 Bad Ems, die nach den bisher überschlägig veranschlagten Kosten auch in ihren Teilabschnitten erheblich über den Grenzwert von 10 Millionen DM liegen wird und deshalb eine Finanzierung aus dem sogenannten Ortsumgehungsprogramm nicht in Betracht kommt, in die erste Dringlichkeitsstufe zu übernehmen?

104. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf verschiedenen Nahverkehrsbahnhöfen Hamburgs der Alkoholverkauf am Bahnhofskiosk Gruppen von Trinkenden täglich auf dem Bahngelände zusammenführt und sich daraus sowohl vielfache Belästigungen für Fahrgäste als auch Gefährdungen der Betriebssicherheit ergeben?

105. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn mit dem Ziel einzuwirken, daß die Deutsche Bundesbahn ähnlich wie das kommunale Verkehrsunternehmen den Alkoholverkauf auf entsprechenden Problembahnhöfen wie z. B. Netteln-burg und Bergedorf untersagt?

106. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Hält die Bundesregierung die an den Bundesfernstraßen vorhandenen Parkplätze, die z. B. auch für Caravans und Lastkraftwagen geeignet sind, für ausreichend, und ist sie gegebenenfalls bereit, die Anlage von Parkplätzen an Bundesfernstraßen künftig verstärkt zu fördern?

107. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß durch den Abzug von zentralen Dienststellen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost Mittel- und Kleinstädte in ihrer Wirtschaftsstruktur immer stärker benachteiligt werden?

108. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Wird die Bundesregierung zukünftig darauf hinwirken, daß bei aus Rationalisierungsgründen beabsichtigten Zusammenlegungen von Dienststellen im Bereich der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost nicht nur ohnehin schon große Wirtschaftsräume, sondern eher Mittel- und Kleinstädte als künftige Standorte gewählt werden?

109. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter diesen Gesichtspunkten die beabsichtigte Verlegung des Bundesbahnbetriebsamts Neustadt/Weinstraße und seiner technischen Dienststellen?

110. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die bisherige Ablehnung von Ausnahmegenehmigungen für die Benutzung von Spikesreifen zu überprüfen und in diesem Winter den Wünschen der Sanitätsorganisationen zu entsprechen?

111. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen wird der am 7. November 1979 vom Bundeskabinett verabschiedete „Bundesverkehrsplan 80" auf den Nord-Ostsee-Kanal haben, oder ist diese Wasserstraße von der neuen Planung nicht betroffen?

112. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Welche Strecken der Deutschen Bundesbahn in Rheinland-Pfalz werden nach den neuesten Plänen der Bundesregierung von der Stillegung betroffen?

113. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, gegenüber der Bevölkerung an der Ahr und in der Eifel eine verbindliche Erklärung abzugeben, wonach die Stillegung der Bahnstrecke von Remagen nach Adenau nicht mehr zur Diskussion steht und somit ein Grund zur Beunruhigung nicht mehr gegeben ist?

114. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Zahlen aus neueren Verkehrszählungen über die tägliche Verkehrsmenge, welche die Autobahn A 81 im Abschnitt Singen – Engen – Geisingen außerhalb von besonderen Belastungszeiten (Ferienzeiten) an einem durchschnittlichen Werktag befährt, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, eine solche Verkehrszählung zu veranlassen, da die ermittelten Werte eine erhebliche Bedeutung für qualifizierte Entscheidungen im Rahmen der Fortschreibung des Bedarfsplans für Bundesfernstraßen im Bereich des westlichen Bodensees haben?

115. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, für Fahrräder, Mopeds und Mofas Reflexreifen oder alternativ dazu sogenannte Speichenreflektierer (Katzenaugen, die an den Speichen angebracht werden) vorzuschreiben?

116. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Handelt es sich bei den im „Stern" Nr. 46 vom 8. November 1979 (Seite 265) aufgeführten Produktions- und Lagerstätten von chemischen Kampfstoffen um sachlich zutreffende Angaben oder treffen Informationen zu, wonach Verwechslungen vorgekommen sind und beispielsweise statt des Ortes Kotzenau in Schlesien Oberkotzau im Landkreis Hof aufgeführt ist?

117. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Spezialisten zur Auffindung und Entfernung etwaiger Lagerstätten bereitzustellen?

118. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Zahl der in Verkehrsunfälle verwickelten Kinder, die zur Zeit 70 000 pro Jahr beträgt, zu senken?

119. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine wirksame Verbesserung der Unfallsituation für Kinder – auch durch eine Änderung der Fahrschulausbildung – erfolgen kann, indem bessere Kenntnisse über das Verhalten von Kindern im Straßenverkehr vermittelt werden?

120. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem dadurch Rechnung zu tragen, daß sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bemüht, Prüfungsfragen im Fahrschulunterricht einzuführen, die „das Kind im Verkehr" betreffen?

121. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Um welche acht Autobahnmaßnahmen in Baden-Württemberg, die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage in Drucksache 8/3310 A, Nr. 94 erwähnt sind, handelt es sich im einzelnen, und in welcher Dringlichkeit sollen sie nach dem Entwurf der Bundesregierung eingestuft werden?

122. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche steuerliche Belastung würde bei einem Wegfall der Mineralölsteuerfreiheit für den Luftverkehr auf die deutschen Luftverkehrsunternehmen jährlich zukommen?

123. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen ist die seit Oktober 1979 wirksame unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten im öffentlichen Nahverkehr nicht auch in Eilzügen im Umkreis von 50 km vom Wohnsitz des Schwerbehinderten entfernt möglich, und ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Schwerbehinderten, für die ein längerer Aufenthalt im Nahverkehrszug im Vergleich zum Eilzug z. T. erhebliche Mehrbelastungen mit sich bringt, eine gesetzliche Änderung zu initiieren?

124. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, insbesondere in den Grenzgebieten zu den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, zu der Schweiz und Österreich, die bereits bestehenden sowie die im Bau befindlichen Kabelnetze der Deutschen Bundespost nicht nur der Empfangsverbesserung sondern auch für die Übermittlung ausländischer Fernsehprogramme zur Verfügung zu stellen?

125. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, abgesehen von dem Betrieb der technischen Anlagen durch die Deutsche Bundespost, freiwirtschaftlichen Unternehmungen im Einvernehmen mit der Deutschen Bundespost das Angebot und Management solcher Anlagen zu ermöglichen?
126. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Art und Weise der Mitteilung der Deutschen Bundespost an die Postkunden im Rahmen der Auflösung der Poststelle II in Bad Münstereifel-Holzem (Kreis Euskirchen)?
127. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Kann die Deutsche Bundespost überhaupt geeignete Maßnahmen ergreifen, um wie bisher die Postbedienung und Postversorgung im Bereich von Bad Münstereifel-Holzem in entsprechendem Maße zu gewährleisten?
128. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung Inhalt und Umfang der Eigenwerbung des Bundespostministers in der für den Leser kostenlosen Kundenzeitschrift „Telepost" für staatspolitisch vertretbar?
129. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)	Welche Gründe haben den Bundespostminister veranlaßt, ein Jahr vor der Bundestagswahl die umfangreiche Zeitschrift „telepost" mit einer Auflage von einer Million herauszugeben, die bisher u. a. ein sechsseitiges Interview mit ihm sowie drei ganzseitige Fotos und zwei weitere kleine Fotos von ihm enthält, und wie ist dieses Vorgehen mit dem Verbot der Wahlwerbung aus Steuermitteln und mit den Grundsätzen einer sparsamen Haushaltsführung zu vereinbaren?
130. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, durch Vermehrung der Vertreterquote bei der Deutschen Bundespost von 18 auf 20 v. H. zu ermöglichen, daß der Erholungsurlaub der Bediensteten im Kalenderjahr und möglichst zusammenhängend, höchstens aber in zwei Teilen, genommen werden kann?
131. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung plant, den Rechtstatus und die Bedingungen der Posthalter in den ländlichen Räumen zu verschlechtern mit dem Ziel, Poststellen zu verringern, wodurch das Leistungsangebot in den dünner besiedelten Räumen zwangsläufig leiden würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

132. Abgeordneter **Helmrich** (CDU/CSU)	Gelten die Auflagen in § 10 des Vermessungs- und Katastergesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11. Juli 1972 auch für Bundesbauten, die im Land Nordrhein-Westfalen errichtet werden?
133. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Berechnung des Heizkostenbeitrags nach § 26 Abs. 2 der Dienstwohnungsvorschriften (DWV) im Hinblick auf mit gasförmigen Brennstoffen betriebene Sammelheizungen, und ist die Bundesregierung bereit, die Dienstwohnungsvorschriften (DWV) dahin gehend zu

ändern, daß – angesichts der stark divergierenden Preise für Heizöl und Erdgas – bei der Berechnung des Heizkostenbeitrags der tatsächliche Erdgaspreis anstatt des fiktiven ortsüblichen Brennstoffpreises zugrundegelegt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

134. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung mit der „DDR" eine Pauschalvereinbarung über den Freikauf von Häftlingen im Rahmen der Familienzusammenführung abzuschließen, und trifft die in der Presse genannte Pauschalsumme von 150 Millionen DM zu (vgl. Frankfurter Neue Presse vom 2. November 1979)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

135. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Von welcher Kapazitätsplanung des französischen Kernkraftwerks in Cattenom geht die Bundesregierung aus, und hat sich diese Planung in letzter Zeit verändert?

136. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Trifft es zu, daß die bisher vorgesehenen zweimal 900 MW-Blöcke des geplanten Kernkraftwerks Cattenom wegen technischer Veralterung nicht mehr vorgesehen sind, sondern durch 1 300 MW-Blöcke ersetzt werden sollen?

137. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Untersuchungen bzw. den Bau einer Prototypanlage zu unterstützen, mit dem Ziel, die im verglasten radioaktiven Abfall enthaltene Strahlungsenergie als Wärmequelle zu nutzen, und was hat sie zu dieser Frage bereits unternommen?

138. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Inwieweit könnte auf die jetzige Art der Uran-Prospektionsarbeiten der Saarberg/Interplan im Raum Baden-Baden/Gernsbach verzichtet werden bzw. inwieweit wären Einschränkungen möglich, wenn die laut Presseberichten vom Kernforschungszentrum Karlsruhe entwickelte Bohrlochsonde, die mit einer Gamma-Strahlungsquelle arbeitet, eingesetzt würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

139. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wieviel Lehrstühle für Bevölkerungswissenschaft gibt es in der Bundesrepublik Deutschland?

140. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wie viele Bedienstete sind zur Zeit im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden tätig, wie viele gehören dem höheren Dienst und welchen Fachrichtungen an?

141.	Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)	Welche wissenschaftlichen Arbeiten zur Bevölkerungsforschung sind vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung seit seiner Errichtung im Jahr 1973 veröffentlicht worden?
142.	Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)	Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wieviel Lehrstühle und wissenschaftliche Institute (mit welcher Personalausstattung) es in vergleichbaren anderen westeuropäischen Ländern (z. B. in Frankreich, Belgien und England) gibt?

Bonn, den 9. November 1979

